

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

ersch. am 1. September
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Befreiung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 24, Miller-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Verbandssekretär:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11608

Zum dreizehnten Gewerkschaftskongress in Hamburg.

In Hamburg tritt vom 3. bis 9. September 1928 der 13. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen. Der Tagungsort hat in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung schon immer eine hervorragende Rolle gespielt, und mit Stolz kann Hamburgs Arbeiterschaft auf die Entwicklung ihrer Organisationen zurückblicken. Hamburg war der Sitz der 1890 auf einer Gewerkschaftskonferenz in Berlin begründeten Generalkommission, die eine Verbindung aller freigewerkschaftlichen Verbände herbeigeführt hat und dann im Jahre 1902 nach Berlin übersiedelte. Als vor 20 Jahren, Ende Juni 1908, der 6. Gewerkschaftskongress in Hamburgs Mauern tagte, konnten die örtlichen Gewerkschaften schon über 100 000 Mitglieder in ihren Reihen mustern. Daß die Gewerkschaftsbewegung am Orte seitdem, trotz der schweren Kriegsjahre und der Inflationszeit, stark und einflußreich geworden ist, werden die Kongressdelegierten aus dem hochinteressanten Jahresbericht des Ortsausschusses des ADGB., der vor einigen Monaten auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte, mit Genugtuung entnehmen.

Am 1. und 2. September wird als Auftakt zum Gewerkschaftskongress ein Jungentreffen großen Stils stattfinden, auf dem die Jugendabteilungen sämtlicher Gewerkschaftsverbände in flammender Begeisterung für die bedeutungsvollen Aufgaben dieses Arbeiterparlamentes eintreten werden. Umfassende Vorbereitungen zu den Veranstaltungen und zu einer festlichen Begrüßung der auswärtigen jugendlichen Gäste sind getroffen.

Aus dem reichen Arbeitsprogramm, das der Kongress zu erledigen hat, sind vor allem folgende Punkte hervorzuheben, auf die sich die Aufmerksamkeit der Delegierten konzentrieren wird: „Der Bericht des Bundesvorstandes, die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften und die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.“ Ueber die Tätigkeit des Bundesvorstandes geben die vorliegenden Jahrbücher eine lückenlose Uebersicht. Alles wissenwerte

Material über die Entwicklung der dem Bund ange-schlossenen Gewerkschaften ist hier in muster-gültiger Weise niedergelegt. Zugleich ist ein treffliches Bild über den gegen früher gewaltig angewachsenen Aufgabenkreis der Gewerkschaften entrollt, das einen tiefen Einblick gewährt in die ungeheurere Arbeit, die sich in der geistigen Zentral-stätte des ADGB. fortlaufend vollzieht. Wir sind über-zeugt, daß der Kongress die Tätigkeit des Bundesvorstandes in vollem Maße anerkennen und in Würdigung der durch-schlagenden Begründung auch dem Beschluß der 14. Bundes-ausschlußung in Köln auf Erhöhung des Beitrages von 16 auf 30 % pro Mitglied und Jahr zustimmen wird.

Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, das auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress 1925 von Professor Herberger behandelt worden ist, soll eine wesentliche Klärung erfahren. Das Referat hierüber wird Dr. Raphael halten, der schon auf der letzten Bundes-ausschlußung über die Vorarbeiten zur Begriffsklärung dieser Materie berichtete. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ist weder ein Verzicht auf das sozial-politische Ziel, noch ein Ersatz für den Sozialismus. Sie ist vielmehr eine Selbstbestimmung, die in einer ständig ver-stärkten Durchsetzung des Gemeininteresses gegenüber dem kapitalistischen Privatinteresse praktisch zur Wirksamkeit führen wird. Die Wandlungen der Wirtschaft, die Wand-lung des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik, die unverkenn-bare Umstellung von der freien Konkurrenz zum organi-sierten Kapitalismus, das ständige Wachstum der öffent-lichen Betriebe, das Vordringen der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung, das in den Konsumgenossenschaften, in den Fortschritten der Bauhüttenbewegung und in andern freigewerkschaftlichen Betrieben seinen Ausdruck findet, und vieles andere sind deutliche Merkmale dafür, daß in der Wirtschaft die feste Neigung zur Entwicklung einer wirt-schaftlichen Demokratie vorhanden ist. Das Wort „Wirt-schaftsdemokratie“ soll ersetzt werden durch den Ausdruck „Demokratisierung der Wirtschaft“. Darin wird klar ausgesprochen, daß nicht ein Tatbestand, sondern ein Wachstumsprozeß den Inhalt des Problems bildet.

Ueber die Bildungsaufgaben der Gewerk-schaften wird der Bildungssekretär des Bundes, Otto Seidler, berichten. Gewiß haben die Gewerkschaften auf diesem Gebiete bisher schon recht Erfreuliches geleistet; aber besonderes Gewicht muß in Zukunft auf eine möglichst einheitliche, planmäßige Schulung unserer Funktionäre ge-legt werden. Die neuen Bundes-schulen dürften diesem Ziele eine sichere Grundlage geben.

Die Vereinheitlichung und Selbstver-waltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung ist ein überaus wichtiges Gebiet. Das Referat hat der stellvertretende Bundesvorsitzende Her-mann Müller übernommen. Nur in der Kranken-versicherung besteht bisher die Selbstverwaltung, nicht aber in der Unfallversicherung, obwohl in der Reichsverfassung eine maßgebende Beteiligung der Arbeiter an der Leistung aller Zweige der Sozialversicherung in Aussicht gestellt ist. Dieses Versprechen muß baldmöglichst durchgeführt werden. Die zu diesem Punkt gestellten Anträge, besonders der des Nachdeckerverbandes, der sich gegen die Leichfertigkeit wendet, wie heute die Genehmigung zur Errichtung von Innungskrankenkassen gegeben wird, dürften die einmütige Billigung des Gewerkschaftskongresses finden.

Unter den sonstigen Anträgen — es sind deren 90, die in Nr. 29 der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlicht wurden — finden wir eine große Zahl, die von der sogenannten Opposition gestellt sind und fast sämtlich aus der Gewerk-schaftszentrale der SPD. in Berlin stammen. Der Kongress wird die zweckmäßigen Anträge von den ungeeigneten zu unterscheiden wissen und alle Forderungen ablehnen, die schädigend oder zerstörend auf eine zielbewußte Gewerk-schaftspolitik wirken müßten.

Der Gewerkschaftskongress tagt unter dem Zeichen er-freulichen Fortschrittes aller Verbände. Möge er gute Arbeit leisten und durch seine Beschlüsse bekräftigen, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund auch fernerhin der feste Stützpunkt der deutschen Arbeiterschaft in ihrem schweren Ringen und Kämpfen nach vorwärts und aufwärts sein wird.

In diesem Sinne begrüßen wir den dreizehnten Gewerkschaftskongress!

Unser Verband im Jahre 1927.

Mit dem vorliegenden Jahrbuch hat unsere Verbands-literatur wieder eine anerkanntswürdige Bereicherung er-fahren; denn der Verbandsvorstand legt darin nicht nur Rechenschaft ab über seine Tätigkeit im Jahre 1927, sondern es wird darin auch Stellung genommen zur Entwicklung der Wirtschaft, Konjunktur, Sozialpolitik und zu andern Fragen, die mit der Gewerkschaftsarbeit zusammenhängen. So spiegelt sich im Jahrbuch die Wirtschaftslage allgemein und im besonderen für unser Gewerbe wider. Jeder Funktionär ist in der Lage, sich aus dem Jahrbuch über alle Gebiete zu informieren, die in seiner praktischen Arbeit für den Ver-band von Bedeutung sind.

Das neue Jahrbuch lehnt sich in seinem Aufbau an das in früheren Jahren an, um im allgemeinen, besonders aber bei den Tabellen Vergleiche mit den Vorjahren zu ermög-lichen. Das ist zweckmäßig, weil Zahlen erst lebendig werden, wenn sie im Vergleich mit früher veröffentlichtem Material betrachtet werden können. Dies trifft vor allem die Angaben über die Ergebnisse der Tarif- und Lohn-bewegungen.

Der erste Abschnitt „Wirtschaftslage und Ar-beitsmarkt“ vermittelt einen Ueberblick über die Ent-wicklung der deutschen Wirtschaft. Mit Befriedigung wird festgestellt, daß den schlecht beschäftigten Industrien erhöhte Aufträge zugegangen sind. Die Besserung begann, herbei-geführt durch den englischen Bergarbeiterstreik, beim Berg-bau, dehnte sich aus auf die Schwereisenindustrie und be-fruchtete das gesamte Wirtschaftsleben, so daß später auch das Kleingewerbe davon profitierte. Die günstigeren wirt-schaftliche Entwicklung wird durch Beispiele und die ge-steigerte Tonnenzahl der verarbeiteten Erze und Metalle belegt. Der hohe Auftragsbestand der deutschen Werften,

das Aufblühen der Finanzinstitute, Banken und Sparkassen können als weitere Zeichen der vermehrten Ankurbelung der Wirtschaft gewertet werden.

Bei der Verflochtenheit des Baugewerbes mit vielen andern Industrien und Gewerben ist es erklärlich, daß sich die Besserung der Gesamtwirtschaftslage auch hier günstig bemerkbar machen mußte. Schon im Frühjahr begann, gefördert durch die Bereitstellung von größeren Staats-mitteln, eine rege Bauaktivität, die den Sommer über an-hielt. Dies mußte naturgemäß wieder zu einer Belebung der Baubewerke führen und auch die Konjunktur im Malergewerbe befruchten. Unsere statistischen Erhebungen wie die Situationsberichte aus den Filialen, ließen denn auch keinen Zweifel darüber, daß für unsere Kollegen ver-mehrte Arbeitsgelegenheit bestand. Trotzdem war es nicht möglich, alle Kollegen in Arbeit zu bringen, woran das überhandnehmende Kleinmestertum, die ungeheure Lehr-lingszahl und die einfache, oft schlechte Arbeitsausführung die Hauptschuld tragen. Auch für die Lackierer besserten sich die Verhältnisse im Laufe des Jahres erheblich. Im Jahrbuch wird dies für die einzelnen Branchen, in denen sie arbeiten, Auto-, Maschinen-, Möbel- und Fahrrad-industrie, den Waggonbaubetrieben und den Werften, näher geschildert.

Durch die Kreditfresselungsmaßnahmen der Reichs-bankleitung im Herbst 1927 erfuhr diese Entwicklung eine fühlbare Unterbrechung. Wichtige Projekte, besonders von Kommunen — so große Bauvorhaben —, konnten nicht ver-wirklicht werden, wodurch die Arbeitslosenzahl allgemein und im Malergewerbe im besonderen eine erhebliche Steigerung aufwies.

Trotz verbesserter Wirtschaftslage waren die Außen-handelsergebnisse nicht günstig, es erfolgte noch ein Einfuhr-überschuß für 3,3 Milliarden Mark. Eine Folge der Rob-

stoffarmut Deutschlands, mindestens im Vergleich mit der sich gewaltig entwickelnden Industrie und der Notwendig-keit, Lebensmittel in größerem Umfange einzuführen.

In einem besonderen Abschnitt erfährt die allgemeine Tätigkeit des Verbands vorstandes eine Wür-digung. Ausführlich werden dessen Anstrengungen zur Be-schaffung von Arbeitsgelegenheit behandelt, um den Saison-charakter des Gewerbes völlig auszuschalten. Tatsächlich sind diese Bestrebungen auch von wachsendem Erfolg be-gleitet, was aus den veröffentlichten Zahlen deutlich her-vorgeht. Es ist erfreulich, daß auf unser Drängen, in Ge-meinschaft mit der Arbeitgeberorganisation, immer mehr Behörden, öffentliche Körperschaften und Private dazu übergehen, Malerarbeiten auch während der Wintermonate herstellen zu lassen und mit für einen Ausgleich zwischen den Sommer- und Winterarbeitsaufträgen sorgen. In 37 Fil-ialen, die darüber leider nur Meldung machen, wurden 1429 Kollegen durch das Vorgehen der Verbände für zwei bis acht Wochen, manchmal auch noch länger, in Arbeit gebracht. In Wirklichkeit ist der Erfolg sicher noch erheblich größer. Und doch waren Kollegen während des ganzen Jahres arbeitslos, woraus sich ganz von selbst die Notwendigkeit ergibt, daß der Vorstand der Entwicklung des Arbeits-vermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes und dessen Auslegung und Anwendung durch die Instanzen größte Beachtung schenken mußte. Dies war um so dring-licher, als die Reichsanstalt als oberstes Organ der Arbeits-vermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Verordnung herausgab, nach der unsere Kollegen eine verlängerte Karenzzeit beim Bezuge von Arbeitslosenunterstützung durchmachen sollten. Im „Maler“ ist lausend über unser Vorgehen berichtet worden, und den Kollegen wurde auch zur Kenntnis gebracht, daß sich der Verbandsvorstand energisch gegen Absichten der Reichsanstalt wehrt, durch die

bestimmte Berufsgruppen, darunter auch unsere Kollegen, gegenüber andern Arbeiterkategorien schlechtergestellt werden sollen.

Der Kampf gegen die Gesundheitschäden mußte energisch fortgesetzt werden, weil nach allen statistischen Erhebungen unseres Verbandes in den letzten Jahren die Gesundheitschädigungen in immer stärkerer Maße auftraten, vielleicht bei den in Lackierereibetrieben Beschäftigten noch mehr als bei den Baualtern, eine Folge der technischen Neuerungen auf diesem Gebiete (Spritzapparate). Im Zusammenhang damit steht die Frage der Entschädigung bei gewerblichen Berufskrankheiten, die noch nicht nach unsern Wünschen geregelt wurde. Im Jahrbuch wird aber von einem Bleierkrankungsfalle berichtet, bei dem es gelang, dem Kollegen Paulus, München, zu einer Rente zu verhelfen. Die Kollegen kommen aber nicht nur durch die zu verarbeitenden Materialien sehr oft zu Schaden, auch Unfälle durch Abstürzen und Abrutschen von Gerüsten, Brüche des Rüstmaterials usw. sind an der Tagesordnung, wovon schon die dauernde Rubrik „Berufs-unfälle“ im „Maler“ zeugt. Die heutige Bauweise, mindestens in den Großstädten, die Errichtung von Eisengerüsten in der Höhe des Gebäudes und späteres Umbauen läßt weitere Gefahrenherde entstehen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der preußische Minister für Volkswohlfahrt in einem Schreiben vom 4. März 1927 an die Regierungspräsidenten und sonstigen Stellen auf die Notwendigkeit der Einstellung von mehr Arbeiterkontrolluren auf Bauten hinwies. Mehr als bisher, das ist unsere Forderung, sollten in den Dienst der Gesunderhaltung der Arbeiterschaft auch die Betriebsvertretungen eingespannt werden, die hier legendreich wirken könnten.

Aus dem Abschnitt über den gewerblichen Nachwuchs und dessen Pflege ist die erfreuliche Zunahme der organisierten Lehrlinge zu entnehmen. So stieg die Zahl der Filialen mit Jugendabteilungen von 122 am 1. Januar 1927 auf 146 am Ende des Jahres und die Mitgliederzahl im gleichen Zeitraum von 4070 auf 6003. Interessant sind auch die veröffentlichten Zahlen über die geleistete Jugendarbeit in den Filialen, die den Jugendleitern zum besonderen Studium empfohlen werden. In rechtlicher Beziehung kehren die gleichen Klagen wieder, wie sie schon in früheren Jahrbüchern zum Ausdruck kamen. Ausführlich berichtet auch die Zentralstelle für die Lackierer über die von ihr entfaltete Tätigkeit und übermittelt damit allen interessierten Kollegen wichtiges Material.

Kurz werden die Verschmelzungsbestrebungen der Verbände im Baugewerbe behandelt und auf den vorläufig gescheiterten Versuch zum Abschluß eines Kartellvertrages zwischen diesen hingewiesen. Dieser Teil des Jahrbuches schließt ab mit einem Bericht des Internationalen Sekretariats und die von diesem gepflegten internationalen Beziehungen. In jedem Jahre wird auch über die Veränderungen und Vorkommnisse in den Arbeitgeberverbänden und den gegnerischen Hilfensorganisationen berichtet. Vom Hirsch-Duncker'schen Gewerksverein der Maler und graphischen Berufe waren allerdings in den letzten beiden Jahren keine Angaben mehr zu erhalten.

Die Verbandszeitschriften haben sich 1927 gut entwickelt und weiseren Ausbau erfahren. „Der Maler“ erschien in 2 493 500 Exemplaren und mehrfach, so als besondere Agitationsnummer, achtfach. Vom „Maler-Lehrling“, der monatlich achtfach erscheint, wurden 74 000 Exemplare herausgegeben und der „Lackierer“ hatte eine Gesamtauflage von 102 000 Stück. Daneben erhielten die Mitglieder der Jugendabteilung noch vierteljährlich 3 Vorlagentafeln und auch den Lackierern wurde einmal eine für sie wertvolle Tafel überreicht. Auch die Ausstattung der Verbandsorgane wurde gefördert und damit der Entwicklung des Pressewesens Rechnung getragen. Das „Fachblatt der Maler“, das seit dem 1. April 1925 erscheint, hat sich im Berichtsjahre inhaltlich und in seiner Ausstattung weiter gut entwickelt. Die Beilagenseiten wurden von 4 auf 8 erhöht und die Zahl der farbigen Tafeln von 4 auf 7 bis 8. Die Gesamtauflage betrug 86 000 Stück. Die im Verlage des Fachblattes erschienenen Bücher fanden guten Absatz.

Ausführlich wird über die Mitgliederbewegung berichtet. Die Mitgliederzunahme ist als recht erfreulich zu bezeichnen. Sie beträgt nach den Zahlen am Ende der Jahre 1926/27 6103 = 14,3%. Die Zahl der Neuannahmen war, abgesehen von der im Jahre 1919 erzielten, die höchste in den Nachkriegsjahren jemals erreichte, sie betrug 19 746. Am Aufstieg nahmen alle Gruppen teil.

Im Jahrbuch wird auch öffentlich Rechenschaft über die Klassenverhältnisse abgelegt, die größte Beachtung verdienen. Die Kollegen können bei ihrer Würdigung wenigstens ahnen, welche ungeheure Arbeit der verschiedenen Funktionäre, angefangen vom letzten Einkassierer bis zum Verbandsvorstand, sich hinter diesen Zahlen verbirgt; wie groß aber auch der Einfluß ist, den unser Verband auf das gesamte gewerbliche und öffentliche Leben ausübt. Zugleich geht daraus hervor, welche Summen für die der Unterstützung Bedürftigten, an Kranke und Arbeitslose verausgabt wurden. 1927 wurden für Arbeitslosenunterstützung 194 328 M. und für Krankenunterstützung 114 223 M. ausgegeben, Summen, die gewiß in ihrer Höhe auf Grund der besseren Wirtschaftslage gegenüber den im Jahre 1926 ausgegebenen zurückbleiben, aber doch immer noch eine respektable Größe anweisen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 4 597 414,14 M., die Ausgaben 2 220 206,79 M., so daß ein Klassenbestand von 2 377 207,35 M. verblieb. Dieser hat damit nach der Inflation wieder eine Höhe erreicht, die es uns gestattet, auch unruhigeren Zeiten mit Zuversicht entgegenzusehen.

Das Jahrbuch informiert weiter über die im Jahre 1927 stattgefundenen Tagungen unseres Verbandes und über die von den Bezirksleitungen und Filialverwaltungen ausgeübte Tätigkeit. Wenn das auch nur in großen Umrissen geschehen kann, ersehen die Kollegen daraus doch den großen Aufgabenkreis und die Fülle von Arbeit, die bewältigt werden muß.

In einem weiteren Artikel werden wir näher auf die Ergebnisse der Tarif- und Lohnbewegungen eingehen.

Einkommen und soziale Kultur.

Die badiische Gewerbeaufsicht hat die sozialhygienischen Verhältnisse der Arbeiterschaft einer Untersuchung unterzogen, deren lehrreiche Ergebnisse sie in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1927 niederlegte. Der Bericht teilt die Arbeiter in drei Gruppen, in die, deren Familie sich in guter, mittlerer und schlechter sozialer Lage befindet, und da fällt sofort der gewaltige Unterschied im durchschnittlichen Wocheneinkommen auf. Das durchschnittliche Wocheneinkommen der Familie ist nämlich in der unteren Gruppe noch nicht halb so groß wie in der oberen. Ja, auf den Kopf der Familie gerechnet, macht das Einkommen in der unteren Gruppe nur gut ein Drittel des Einkommens in der oberen Gruppe aus.

Schon hieraus ist zu ersehen, daß die Familienkopffzahl in der sozial am schlechtesten gestellten Gruppe am höchsten ist. Einer durchschnittlichen Kopffzahl von 5,65 in der oberen Gruppe steht denn auch bei genauer Untersuchung eine Kopffzahl von 8,55 in der unteren Gruppe gegenüber.

Es handelt sich, wie ein anderer Vergleich uns zeigt, in der unteren Gruppe um ungelernete Arbeiter, während in der oberen Gruppe die Zahl der gelernten größer ist. Hiermit hängt die wesentlich höhere Zahl der Fälle von Arbeitsminderung in der unteren Gruppe zusammen. Die Fälle der Arbeitsminderung sind in der sozial am schlechtesten gestellten Gruppe doppelt so zahlreich. Und doppelt so zahlreich sind ebenso die Krankheitsfälle.

Wie diese schlechten sozialen Verhältnisse bis in alle Gebiete des Lebens hineingreifen, zeigt ein Vergleich der Wohnverhältnisse. Während in der Gruppe mit guter sozialer Lage auf den Kopf der Familie 0,58 Zimmer kommt, entfällt auf den Kopf der schlecht gestellten Familie nur 0,30 Zimmer.

Im Durchschnitt hat allerdings auch in der besseren Gruppe jede Person der Familie nicht ein eigenes Bett. Es kommen im Durchschnitt nur 0,79 Betten auf die Person, in der sozial schlechtesten Gruppe aber nur 0,51 Betten. Hier ist also das Zusammenklaffen von zwei Familienangehörigen das Normale, und wenn hier vielleicht auch einmal eine Person ein Bett für sich hat, so schlafen dann in andern Fällen drei und vier Personen zusammen in einem Bett, worauf ja auch die Denkschrift der Reichsregierung kürzlich hingewiesen hat.

„Es zeigt sich“, so sagt hierzu der Bericht im übrigen, „daß der ungelernete Arbeiter leichter in schlechte Lage kommt als der gelernte. Die Häufung von Arbeitslosigkeit und Krankheit ist bei den schlechten Fällen deutlich. Wohnung und Bettenzahl sinken stark ab. Der Unterschied zwischen mittleren und schlechteren Fällen ist durchweg nicht so groß, wie der zwischen guten und mittleren. Schon eine geringe Verschlechterung der Lage führt dort den Arbeiterhaushalt zum Elend.“

Viele interessanten Einzeluntersuchungen beweisen deutlich und zahlenmäßig genau, wie die soziale Lage in jeder Weise bestimmend ist für die soziale Kultur. Da mögen Krankenkasse wie Wohnungsfürsorge und anderes noch so gut sein, je besser das soziale Arbeitsleben gestaltet ist, um so mehr treten alle fürsorglichen Einrichtungen in den Hintergrund. Und es leuchtet ein, daß solch soziale Gestaltung der Verhältnisse letzten Endes auch die rationellere und billigere ist.

Organisationsprobleme der freien Gewerkschaftsjugend.

Wer sich über die Aufgaben unserer Jugendorganisation klar werden will, für den genügt es nicht, ein Bildungs- und Erziehungsprogramm auszuarbeiten, er muß vielmehr auch die sich ergebenden organisatorischen Probleme unter dem doppelten Gesichtspunkt der erzieherischen Wirkung einerseits, der organisatorischen Zweckmäßigkeit andererseits einer eingehenden Betrachtung unterziehen.

A. Die Grundlagen der Organisation.
Die erste Frage, die hier zu beantworten ist, ist die nach der Grundlage, auf der unsere Jugendorganisation errichtet wird, beziehungsweise ihre Tätigkeit vollzieht. Ist für unsere Gewerkschaftsorganisation im allgemeinen der Betrieb die organisatorische Grundlage auch dort, wo die Berufszugehörigen vorwiegend in kleinen Werkstätten beschäftigt sind, so liegt die Frage für unsere Jugendgruppen anders. Hier muß die Organisationsgrundlage vor allem den Anforderungen unserer Bildungs- und Erziehungsarbeit entsprechen, überdies muß auf die praktische Werbemöglichkeit Rücksicht genommen werden. Und hier zeigt sich der Kleinbetrieb zumeist als unzureichende Grundlage. In einem Betriebe, in dem nur einige wenige Jugendliche beschäftigt sind, ist das Werben durch Jugendliche selbst nur dann möglich, wenn (was bei einem kleinen Betriebe keineswegs immer zutreffen muß) schon wenigstens ein Jugendlicher aktives Gewerkschaftsmitglied ist. Die Hilfe der erwachsenen Kollegen, der Betriebsräte und Vertrauenspersonen, ist leider im allgemeinen nicht derart, daß man auf ihr die Tätigkeit der Jugendorganisation aufbauen kann. Gelegentlich einer von der Wiener Lehrlingssektion der Ledergalanteriearbeiter durchgeführten Fragebogenerhebung zeigte es sich, daß von 100 freigewerkschaftlich organisierten Lehrlingen nur 7 durch die Mithilfe Erwachsener gewonnen werden konnten, davon 3 durch den Betriebsrat, 2 durch erwachsene Arbeitskollegen und 2 durch ihre Eltern. Der Rest von 93 war teils durch Jugendliche, teils aus eigenem Antrieb, durch Flugblätter und dergleichen für die Organisation gewonnen worden. Aber auch dort, wo wir es mit Großbetrieben zu tun haben, erweist es sich keineswegs immer als zweckmäßig, den Betrieb als Grundlage der Organisation zu wählen. Die praktische Erfahrung lehrt, daß die Bildungs- und Aufklärungsarbeit auf der Betriebsgrundlage auf große Schwierigkeiten stößt. Ganz abgesehen von den Hindernissen, die in den meisten Fällen fehlens des Unternehmens dieser Tätigkeit in den Weg gelegt werden, sind die Jugendlichen nach der Arbeit ermüdet und schamhaft begerig nach Hause zu kommen, sich zu waschen und zu essen und daher weder körperlich noch geistig in der richtigen Verfassung, einen Bildungsvortrag anzuhören. Etwas anderes ist es, wenn es sich um Lohnbewegungen

oder sonstige Betriebsfragen handelt, die sich nur auf der Grundlage der betrieblichen Zusammenhänge lösen lassen können. Alle diese Erwägungen sind bei der Betrachtung als Organisationsgrundlage für die freigewerkschaftlichen Jugendorganisationen zu berücksichtigen, schließend keineswegs aus, daß die Werbung unter den jugendlichen Betriebskollegen für junge, gleichwohl für alte Gewerkschaftsmitglieder eine wichtige und unerlässliche Pflicht ist.

Verbleiben andere Wege des Organisationsaufbaus, vor allem der der Berufsschule (Fortbildungsschule). Hier kommt ein Großteil aller Jugendlichen zusammen. Nach der Schule ist der Jugendliche in der Regel weniger müde und weniger schamhaft als nach dem Betrieb und daher eher für entsprechende angelegte Veranstaltungen zu haben. So wurden in Wien auf diesem Gebiete die besten Erfahrungen gemacht. In den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen bestehen obligatorische Schulgemeinden und Schüllerräte, die in intimer Verbindung mit unseren gewerkschaftlichen Jugendorganisationen gebracht, die Leiter unserer Bildungs- und Aufklärungsarbeit sind. Einige Wiener Lehrlingssektionen vollziehen übrigens auch das Inkasso auf der Grundlage der Schulorganisation. Auch in jenen Fortbildungsschulen, die nicht dem Wiener Fortbildungsrat unterstehen und an denen daher die Schulgemeinde nicht obligatorisch ist, wie zum Beispiel an den kaufmännischen, wurde ein dichtes Netz von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten gezogen, werden unmittelbar nach Schluß allmonatlich Versammlungen mit gewerkschaftlichen Themen abgehalten, ein Beweis, daß die Schulgemeinde die Tätigkeit der Gewerkschaft an der Schule zwar fördert, aber keineswegs eine unerlässliche Voraussetzung für sie darstellt.

Eine dritte Grundlage des Organisationsaufbaus ist die territoriale, das heißt die Zusammenfassung der jugendlichen zu Gruppen nach Wohnorten. Diese ist nur dann ausrechtzuhalten, wenn sich die Jugendorganisation einen Apparat von Vertrauenspersonen schafft, der die regelmäßigen Mitgliederbesuche durchführt, für die Veranstaltungen wirbt, eventuell auch die Beiträge kassiert; das System der Hausorganisation kann auch zur Agitation verwendet werden.

Die Hausorganisation hat freilich nicht den Vorteil der Betriebs- und Schulorganisation, daß die Jugend von vornherein an einem bestimmten Orte zusammenkommt, aber sie hat dafür andere Vorteile, so den, daß man mit dem jugendlichen in seiner Wohnung ruhiger und ungestörter sprechen kann als in Schule oder Betrieb, ferner daß man den Wohnungsbesuch gleichzeitig dazu verwendet, die Eltern über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung ihres Kindes aufzuklären. Jedenfalls ist die richtige Kombination dieser drei organisatorischen Grundlagen notwendig, die freilich von Fall zu Fall etwas anders aussehen wird.

B. Organisationsführung und innere Demokratie.

Es entspricht dem Charakter unserer gewerkschaftlichen Organisationen, daß die Jugendsektionen zentralistisch geführt werden und daß diese zentrale Führung meist in den Händen älterer Kollegen, die vielfach Beamte der Organisation sind, liegen. Es ist zweifellos und in der Praxis immer wieder festzustellen, daß eine geschickte zentrale Führung den jugendlichen den größten Teil aller ihrer Mitarbeit, Ungeschicklichkeiten und Rückschläge ersparen kann, die in den jugendlichen ausschließlich selbst geleiteten Gruppen unvermeidlich sind. Auch fördert die Uebereinstimmung zwischen der Arbeit der Jugendsektion mit den gewerkschaftlichen Kämpfen eine zentrale Leitung, die die Aktionen der Jugendorganisationen den Bedürfnissen des Verbandes anpaßt. Es ist kaum notwendig, die Zweckmäßigkeit dieser zentralen Führung eingehend zu begründen, zumal sie ohnedies (soweit es dem Schreiber dieser Zeilen bekannt ist) in allen Gewerkschaften gehandhabt wird. Wichtiger ist es, auf die Gefahren hinzuweisen, die aus der Form der Führung entstehen und die bisweilen zu recht bedauerlichen Erscheinungen führen können. Auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress im Jahre 1913 betonte der Referent über die Frage der Jugendorganisation, Genosse Grünwald, daß die Gewerkschaften keine eigenen Jugendsektionen gründen, sondern die Erfassung der jugendlichen der sozialistischen Jugendbewegung überlassen sollten, weil die jugendlichen im Rahmen der Gewerkschaften nicht dieses Maß von organisatorischer Selbständigkeit und verantwortlicher Selbstbetätigung finden würden, das zur Erlernung der für den Funktionär der Arbeiterbewegung unerlässlichen Eigenschaften und Kenntnisse notwendig ist.

In der Tat lassen sich die Voraussetzungen zum aktiven Gewerkschafter keineswegs nur durch Vorträge erwerben, wichtiger noch ist das Lernen durch die praktische Teilnahme an der Organisation. In manchen Gewerkschaftskreisen besteht zweifellos die Neigung, die Methoden der Jugendpflege, die die Gegner anwenden, in entsprechender Weise für die Zwecke der Gewerkschaftsbewegung zu adaptieren. Aber die Zwecke des proletarischen Klassenkampfes sind ganz andere, als die unserer Gegner. Den freien Gewerkschaften kann es sich nicht nur darum handeln, einen organisationsstreuen Nachwuchs heranzuziehen, sondern vielmehr noch darum, eine Generation junger Gewerkschafter zu gewinnen, die das nötige Rüstzeug für die von Jahr zu Jahr steigenden Anforderungen unseres Kampfes mitbringt. Aber solche Menschen gedeihen nicht in der Treibhausluft der Jugendpflege; der Arbeitserwerb, den wir anderswo weit langem fordern, muß auch hier praktisch in Erscheinung treten, und indem wir unsere jungen Kollegen in immer weitgehendem Maße zu verantwortlichen Trägern ihrer eigenen gewerkschaftlichen Jugendorganisationen machen, haben sie Gelegenheit, ihren Namen im Klassenkampf zu stellen. Das gilt sowohl für die Erlernung der mehr verwaltungstechnischen Fertigkeiten usw., als noch vielmehr für die eigentlichen organisatorischen Fähigkeiten der Agitation, der Vorbereitung von Versammlungen, des Redens und so fort. So sehr gewagt manchmal etwa der Versuch erscheinen mag, 17- und 18jährige bereits als Redner in gewerkschaftliche Jugendversammlungen zu entsenden, so

Lehr hat sich dieser Ansicht, was er als... (text continues)

Wann wird die Arbeiterbewegung im allgemeinen... (text continues)

Das innere Sein

Frankfurt a. M. Eine machtvolle Kundgebung... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

gegen die Errichtung einer Innungskran-... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

führt die Firma... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

natürlich nicht das ganze umfangreiche 275 Paragraphen... (text continues)

Gewerkschaftliches

Gewerkschaftliche Verbandstage.

In den letzten Wochen haben eine Reihe Generalver-... (text continues)

In den letzten Wochen haben eine Reihe Generalver-... (text continues)

In den letzten Wochen haben eine Reihe Generalver-... (text continues)

In den letzten Wochen haben eine Reihe Generalver-... (text continues)

In den letzten Wochen haben eine Reihe Generalver-... (text continues)

Mahnung zur Einigkeit.

Auf stillem Teich wird leicht dich tragen, Den einzeln Mann, der schmale Kahn, Doch durch den stürm'schen Ozean Mußt du nach mächt'germ Fahrzeug fragen Und mit Genossen dich vertragen.

Anastasius Orlin.

Berufsunfälle

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Hamburg. Kollege E. Dücker erlitt durch Abrutschen... (text continues)

Baugewerblides

Bauarbeiterschußkonferenzen in Bayern.

Die Landeskommission für Bauarbeiterschuß hat die... (text continues)

Die Landeskommission für Bauarbeiterschuß hat die... (text continues)

Der Einheitsverband der Eisenbahner...

Der Einheitsverband der Eisenbahner tagte Ende Juni... (text continues)

Der Einheitsverband der Eisenbahner tagte Ende Juni... (text continues)

FACHBLATT DER MALER

**ZEITSCHRIFT
ZUR FÖRDERUNG DER HAND-
WERKLICHEN WERTARBEIT IN
FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in
Wort und Bild. Fachtechnik,
Materialkunde. Der sichere
Weg zur künstlerischen Form
in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem
Textteil u. 7 oder mehr farbige
Tafeln. Illustrationen. Beilage
mit Meinungsaustausch und
fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filial-
verwaltungen entgegen!**

Auf dem Verbandstag der Buchbinder in Düsseldorf waren 77, davon 9 weibliche Delegierte anwesend, die sich in einer grundsätzlichen Abstimmung gegen eine eventuelle Fortsetzung der Verhandlungen aussprachen. Bedenken gegen das Schlichtungswesen wurden fallen gelassen, nachdem der Nachweis erbracht wurde, daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen in 9 Fällen von den Unternehmern, in 34 Fällen von Arbeitern und zehnmal von beiden Kontrahenten angerufen waren. Hier dürfte interessieren, daß die bestehende Invalidenunterstützung erweitert und auch auf weibliche Mitglieder ausgedehnt worden ist.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter stimmten dem Verschmelzungsgedanken auf ihrem in Köln abgehaltenen Verbandstag ebenfalls zu, doch wurde der Vorstand verpflichtet, der Mitgliedschaft das Ergebnis der weiteren Verhandlungen zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Außerdem wurde die Schaffung einer Invalidenunterstützung beschlossen und Entschuldigungen zur Beamten- und Angestelltenfrage sowie zum Entwurf des neuen Arbeiterschutzes angenommen.

Der Deutsche Verkehrsverband tagte vom 12. bis 17. August in Leipzig. Der Verband kann nach 30jährigem Bestehen 366 000 Mitglieder aufweisen und hat heute bei einer Gesamtjahreseinnahme von 11,5 Millionen Mark ein Vermögen von über 8 Millionen. Der Bundestag sprach sich für eine Beschleunigung der Verschmelzungsbestrebungen aus und nahm in eingehender Weise zu den internationalen Verkehrsproblemen und dem Verkehrsrecht Stellung. Dem Bundesvorstand wurde das Bestätigungsrecht für alle Verbandsfunktionäre zuerkannt.

Die Karlsruher Verbandstagung der Metallarbeiter beschloß die Überlegung der Zentralverwaltung von Stuttgart nach Berlin mit 200 gegen 62 Stimmen. Ebenfalls angenommen wurde eine Entschuldigungsreform des staatlichen Schlichtungswesens, für deren Beseitigung die Arbeiterschaft nicht eher eintreten könne, als bis sich das Organisationsverhältnis bei den Arbeitnehmern wesentlich gebessert habe. Außer der Einführung einer Invalidenunterstützung hat man die Verbesserung der Streik- und Gemafregelnunterstützung beschlossen und der Gewährung des Sterbegeldes auch beim Ableben der Ehefrau oder Lebensgefährtin der Mitglieder zugestimmt. Die Einführung des Verhältniswahlsystems innerhalb des Verbandes wurde gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat die Einführung der Invalidenunterstützung durch Urabstimmung unter den Mitgliedern mit mehr als Zweidrittelmajorität beschlossen. Der Zentralverband der Schuhmacher unterbreitet den Mitgliedern das Reglement der Invalidenunterstützung zur Urabstimmung, nachdem der Verbandstag in Köln die Einführung dieses Unterstützungszweiges vom 1. Januar 1929 an mit Zweidrittelmehrheit beschlossen hatte.

Ein gewerkschaftliches Kampfablimum war die Kundgebung, die am 19. August in Leipzig anlässlich der 25jährigen Wiederkehr der denkwürdigen Tage der gewaltigen Crimmitschauer Legilarbeiterausperrung im Sommer 1903 veranstaltet wurde. 2650 Delegierte, darunter viele, die damals durch die brutalen Maßnahmen eines mächtigeren Unternehmertums in die Fremde getrieben wurden, waren der Einladung des Legilarbeiterverbandes gefolgt und freuten sich des Wiedersehens. Wie selten vor oder nachher hatte sich seinerzeit die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft in freiwilligen Sammlungen und Unterstützungen gezeigt, und wenn der Kampf auch nicht zugunsten der Ausgesperrten ausfiel, so hatte die Unterstützung der armen Crimmitschauer Weber doch die gesamte Arbeiterschaft aufgerufen und der ganzen Welt gezeigt, daß proletarischer Zusammenhalt stärker ist als Arbeitgeberwillkür und staatliche Gewalt. Von der Legilarbeiterausperrung in Crimmitschau datiert der Aufschwung unserer Gewerkschaftsbewegung, und den alten Kämpfern gebührt der Dank aller organisierten Kopf- und Handarbeiter.

Sozialpolitisches

Verbesserung der Krisenfürsorge.

Das Reichskabinett hat am 22. August beschlossen, in der Frage der Verbesserung der Krisenfürsorge von einer Zwischenlösung abzusehen und die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen, wie sie der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hat, mit Wirkung vom 17. September an in Kraft zu setzen. Damit hat die Reichsregierung den dringenden Vorstellungen der Gewerkschaften und des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Rechnung getragen. Zu beachten ist bei der Neuordnung, daß alle Krisenunterstützten, die seit dem 1. Juli erfolgten Ablauf der Uebergangsbestimmungen infolge Erschöpfung der Bezugsdauer von 26 Wochen ausgereizt wurden, nun in den Genuss einer weiteren Bezugsdauer bis zu 39 Wochen kommen. Diese Verbesserungen sind zu begrüßen, nachdem die Regelung, die am 20. August in Kraft trat, allgemein als ungenügend empfunden wurde. Immerhin ist nicht einzusehen, warum die Verlängerung der Unterstützungsdauer erst mit dem 17. September in Kraft tritt. Nötig ist nun vor allem, daß die Zulassung auf weitere Berufsgruppen ausgedehnt und die Anleitungen schnellstens an die Arbeitsämter hinausgegeben werden, damit die Verbesserungen reibungslos durchgeführt werden können.

Eine wichtige Entscheidung für Arbeitslose.

Der von den freien Gewerkschaften vertretene Standpunkt, daß Arbeitslose, die ihren Unterstützungsbezug durch eine Beschäftigung von weniger als 13 Wochen unterbrechen, bei Wiedereintritt der Arbeitslosigkeit die Unterstützung in der alten Höhe weiterbezogen, ist durch den Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung bestätigt worden. Es erfolgt also keine Reineinstufung in eine Lohnklasse nach Unterbrechung der Arbeitslosenunterstützung.

400 000 M für die Berufsberatung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat gelegentlich der Haushaltsberatungen für die Berufsberatung für das erste Etatsjahr (1. April bis 30. Sep-

tember) 400 000 M ausgesetzt. Diese Mittel sollen nicht schlüsselförmig auf die Landesarbeitsämter verteilt, sondern auf der Grundlage begründeter Anträge der Landesarbeitsämter und nur für solche Maßnahmen bewilligt werden, die dem Aufbau der örtlichen Berufsberatung dienen, jedoch im Rahmen des Haushaltsplanes des betreffenden Arbeitsamtes beziehungsweise Landesarbeitsamtes zur Zeit noch nicht finanziert werden können. Auf Grund dieser Mittel soll es auch möglich gemacht werden, daß ein Austausch von erfahrenen Berufsberatern erfolgt. Arbeitsämter beziehungsweise Landesarbeitsämter sollen Spezialkräfte dorthin senden, wo man wegen fehlender Mittel noch nicht Gelegenheit hatte, solche Kräfte auszubilden. Es wird wichtig sein, daß Funktionäre der Gewerkschaften, die in den Arbeitsämtern beziehungsweise Landesarbeitsämtern sitzen, diese Gelegenheit benutzen, um die in Frage kommenden Mittel auch für ihren Bezirk in Anspruch zu nehmen, um das überaus wichtige Gebiet der Berufsberatung, das teilweise arg vernachlässigt wurde, überall zu pflegen und auszubauen.

Aus den Arbeitsgerichten

Innungsausschüsse für Lehrlingsstreitigkeiten.

Das Reichsarbeitsgericht hat, gestützt auf § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes, entschieden, daß in Lehrlingsangelegenheiten eine Klage beim Arbeitsgericht nur dann abhängig gemacht werden kann, wenn eine Verhandlung vor dem Innungsausschuß nach § 81a, Nr. 4 der Gewerbeordnung, vorausgegangen ist. Da der Innungsausschuß jetzt paritätisch zusammengesetzt sein muß, haben die Innungen es erfahrungsgemäß mit seiner Bildung nicht eilig. Die Folge davon ist, daß die Lehrlinge nicht die Möglichkeit haben, beim Arbeitsgericht ihr Recht zu suchen. Um diesen rechtswidrigen Zustand zu beseitigen, hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe die in Frage kommenden Behörden eruchtet, die Innungen aufzufordern, die Bildung der Lehrlingsausschüsse unverzüglich vorzunehmen. In dem Erlaß des Ministers heißt es:

„Nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist die Verhandlung vor dem Innungsausschuß eine unerlässliche Voraussetzung der Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht. Mit Rücksicht auf diese Rechtslage eruche ich erneut, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln von den Innungen die unverzügliche Bildung der Innungsausschüsse zu fordern, deren Nichtvorhandensein nach jener Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts geradezu zu einer Rechtsverweigerung für alle diejenigen Arbeitnehmer führt, die einerseits gezwungen sind, sich zunächst an den Innungsausschuß zu wenden, dies aber andererseits mangels Bildung eines solchen nicht können.“

Daß die Innungen nunmehr ihrer Pflicht nachkommen werden, steht noch lange nicht fest. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß das Zentralorgan der Innungen, „Das deutsche Handwerksblatt“, den Erlaß des preussischen Ministers ohne jede Bemerkung wiedergibt. Wäre die Zentralleitung der Innungen willens, die Bildung der Innungsausschüsse zu fördern, so hätte ihr Organ wohl schon eine entsprechende Aufforderung erlassen. Hoffentlich tun nun wenigstens die Behörden ihre Pflicht.

Fachtechnisches

Eine Messeausstellung „Farbe im Stadtbild“ auf der Leipziger Herbst-Baummesse 1928 (26. August bis 1. September). Diese lebenswerte Ausstellung des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild, e. V., Sitz Hamburg, wird zum ersten Male auf der Leipziger Baummesse gezeigt und soll in Verbindung mit der an der Farbenbewegung beteiligten Industrie den Messebesuchern die Bedeutung der Farbe für die Architektur eindrücklich vor Augen führen. Zur Schau gebracht werden ausgeführte Arbeiten der Bauverwaltungen, Entwürfe von Künstlern, Schülerarbeiten der Fachschulen, preisgekrönte Entwürfe von verschiedenen Wettbewerben usw. Vertreten sind der Norden, der Süden wie auch verschiedene Landstriche Mitteldeutschlands. Neben Beispielen farbigen Anstrichs stehen solche farbigen Putzes. Die Ausstellung bietet eine Auswahl des Besten, wirklich charakteristische

Beispiele, und gibt ein ausgezeichnetes Bild vom heutigen Stand der Farbenbewegung. Es ist zu hoffen, daß die Bewegung für farbige Gestaltung des Stadtbildes lebhaft Beachtung und dadurch einen wesentlichen Auftrieb erhält.

Die Erziehung der Schreibern- und Schildermaler durch Fern- und Selbstunterricht. In einer Anzahl in Nummer 31 des „Maler“ empfiehlt der Verlag J. G. Lehmann, Pilsburg-Beck (Poffsch), zur Anleitung durch Fernunterricht in der Schreibern- und Schildermalerlei nach den neuesten Methoden und unter ständiger Leitung eines geprüften Schildermalermeisters. Der Unterricht soll alle im Schildermalerberuf vorkommenden Arbeiten, sämtliche Schriftarten, Anfertigung von Schildern und Transparenten in Farbe und Gold umfassen und durch wöchentliche Zusendung von Vorlagen und Lehrmaterial sowie Prüfung, Berücksichtigung und kostenloser Rücksendung der geleisteten Schülerarbeiten vor sich gehen. Wir haben uns den Lehrplan durchgesehen und darin neben der besonderen Schreibernmalerei noch die Diebeldreklame, Glaschilder, Lichtreklame, plastische Buchstaben, Anleitung über die Beschaffenheit von Eisenbankonstruktionen für Transparente und anderes mehr gefunden, was zweifellos für den modernen Schildermaler von großer Bedeutung ist und der Lernende zwar auch in der Praxis, aber doch immer erst nach unausbleiblichen Fehlschlägen und oft recht kostspieligen Erfahrungen sich aneignen kann. Das Erfreulichste ist aber an dem ausführlichen Prospekt, daß sich der Lehrling-Verlag bereit erklärt, die Teilnehmergebühren für unsere Mitglieder von 75 M für den halbjährigen Kursus oder 12,50 M pro Monat auf 54 M, zahlbar in monatlichen Raten von je 9 M im voraus, herabzusetzen. Wir bitten unsere Kollegen, sich bei Anmeldungen zu diesem Kursus diese Vergünstigungen unter Vernehmung auf die Mitgliedschaft in unserem Verband zu sichern.

Literarisches

Das neue Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1927, das jedoch in der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin E. 14, Inselstraße 6a, erschienen ist, bietet auf rund 340 Seiten, die zu einem ansehnlichen Teil auf Tabellen und Karten basieren, ein vorzügliches Bild der Entwicklung und Kämpfe des vergangenen Jahres, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Arbeitsordnung, Lehrlingswesen und Jugendschutz — das sind die Überschriften einiger Hauptkapitel, die einen lebendigen Überblick über die Tätigkeit der Gewerkschaften auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens geben. Eine ausführliche Würdigung mit historischem Rückblick finden die Verwaltungsreform und die Konzentrationsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften. Die Internationale Arbeiterbewegung in Köln hat die Veranlassung, einmal den Umfang des gewerkschaftlichen Bestrebens und die Tätigkeit in diesem statistisch zu erfassen, die in einer Auflage von über 7 Millionen Exemplaren, angefangen von der letzten Verbandszeitung bis zum erstklassigen Fachblatt in Mehrfarbendruck, erscheinen. Außerdem enthält das Jahrbuch ein Kapitel über den Internationalen Gewerkschaftsbund sowie kurze Berichte über nabestehende Organisationen, wie Bauhilfen, Volkshilfe und Arbeiterbank. Besonders Interesse werden auch die Ausführungen über die erste Bundeskonferenz finden, deren Grundriss vor wenigen Wochen in Bernau bei Berlin gelegt worden ist. Alles in allem also ein reichhaltiger Inhalt, und für jeden überzeugten Gewerkschaftskollegen unentbehrlich. Ladenpreis gebunden 7 M, Broschüre 5,85 M; Organisationspreis gebunden 5,30 M, Broschüre 4,40 M.

„Wohnungswirtschaft“, Zentralorgan der von den freien Gewerkschaften getragenen Bewegung. Augustheft 1928. Klar und knapp formuliert der Verfasser Dr. E. H. in dem Aufsatz „Wir appellieren“ die Forderungen der gemeinnützigen Bauwirtschaft an die neue Reichsregierung und die Parlamente des Reiches und der Länder. Es müssen mehr und vor allem billige Wohnungen gebaut werden. Gleichzeitig werden Mittel und Wege zur Verwirklichung einer gleichberechtigten, gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Kleinwohnungsbaupolitik nach den Vorschlägen der freien Gewerkschaften gezeichnet, die unter anderem als dringlich ein großzügiges Reichswohnungsbauprogramm, Ganzanlegung der vollen Hausanschlüsse an Wasser und Abwasser fordern. — Das sehr wichtige Gebiet der Anrechnung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbaugesellschaften behandelt in demselben Heft Verbandssekretär Dr. Wobien eingehend. Das Doppelheft bringt weiter eine ausführliche Besprechung des Partiser internationalen Wohnungs- und Städtebaukongresses sowie einen eingehenden Bericht über die Jubiläumstagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Dresden. Die übrigen gleichfalls wertvollen Artikel seien nur kurz angebeutet. A. L. in der Art Kritik an dem mageren Ergebnis der Flensburg-Tagung des Hauptverbandes deutscher Bauingenieurvereine. W. Noack fordert vom neuen Reichstag die möglichst umgehende Verabschiedung des Bodenreformgesetzes, und H. Faust mahnt an die Pflicht, auch die lebigen erwerbstätigen Frauen und Männer bei der Bekämpfung der Wohnungsnot nicht zu vergessen. — Besondere Erwähnung verdienen auch die Bilder dieses Heftes. — Die stets reich illustrierte „Wohnungswirtschaft“ kostet bei vierzehntägigem Erscheinen vierteljährlich nur 1,50 M. Bestellungen nimmt jedes Postamt und die Geschäftsstelle der „Wohnungswirtschaft“, Berlin E. 14, Inselstraße 6, wo auch Probenummern kostenlos bestrahlt werden, entgegen.

Der Würber und der Staat. Die Todesstrafe im Urteil hervorragender Zeitgenossen. Von E. M. Mungenast. Seeben erschienen im Walter Gabelbe Verlag, Stuttgart, Sobelstr. 2. Großoktav, 160 S., gebunden 4,25 M. (Wario 30 S.). Das Buch ist ein wichtiges Dokument für jedermann. Seine wissenschaftliche Abhandlung wird hier unterommen, sondern lebendige, hochinteressante persönliche Meinungen — etwa achtzig! — orientieren die Deffentlichkeit über die Stellungnahme ihrer besten und hervorragendsten Geister. Der Verfasser behandelt in ebenso sachlicher wie fesselnder Weise das Problem der Todesstrafe bis auf seinen letzten Kern. Seine Ausführungen „Der Würber und der Staat“ stellen eine packende und erschütternde Auseinandersetzung von unerhörter Wucht und Eindringlichkeit dar. Hervorzuheben ist die Fülle und Vielfältigkeit des bearbeiteten Materials, das gleichen die Objektivität in der Wiedergabe der Anschauungen.

Vom 26. August bis 1. Septemb. ist die 35. Beitragswoche. Vom 2. bis 8. September ist die 36. Beitragswoche.

Sterbefälle.

Berlin. Am 26. Juli starb der Kollege Hermann Wecke, geboren am 11. August 1864 in Rudkibbing.
Dresden. Am 28. Juli schied unser treuer Kollege Wenzel Brode im Alter von 63 Jahren aus dem Leben.
Gera. Am 23. August starb plötzlich unser Jugendkollege Karl Martin im Alter von 17 Jahren.
Hamburg. Am 15. August starb unser langjähriges Mitglied Heinrich Brehm im Alter von 68 Jahren, eingetreten am 18. Juni 1899.

Ehre ihrem Andenken!